

(Abgeordneter Götner.)

(A) Ich wende mich dem zu, was erst der Herr Staatsminister gesagt hat. Der Herr Minister ist zunächst auf einen formalen Gesichtspunkt meines Freundes Zöphel eingegangen, und er hat dabei gesagt, er müsse entschieden in Abrede stellen, daß die Regierung über ihre Stellung gegenüber der Deckungsvorlage irgendwelchen Appell an die Öffentlichkeit gerichtet habe. Ja, meine Herren, nachdem bereits durch offiziöse Zeitungen die Meinung der sächsischen Regierung außer allen Zweifel gestellt war, was man doch vielleicht auch als einen Appell an die Öffentlichkeit bezeichnen kann,

(Sehr richtig! in der Mitte.)

ist nachher dieser Appell in der allerfeierlichsten Form gerichtet worden, nämlich in der Thronrede.

(Lebhaftes Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich möchte den Herrn Minister doch daran erinnern, daß die Thronrede — ich darf wohl hier und auch nachher einiges verlesen —

(Präsident: Wird gestattet.)

sich ganz entschieden gegen die übrigen Regierungen ausspricht. Dort heißt es:

(B) „Meine Regierung hat daher die Annahme der Wehrvorlage im Bundesrate und im Reichstage mit Genugtuung begrüßt und an ihrem Teile eifrig mitgewirkt, die Deckungsmittel bereitzustellen. Nicht ohne ernste Sorge erblickt aber Meine Regierung in der zur Deckung eines Teiles der laufenden Ausgaben gewählten Vermögenszuwachssteuer eine Durchbrechung des Grundsatzes, daß den Gliedstaaten des Reiches zur Erfüllung ihrer bedeutsamen Aufgaben die direkten Steuern ungeschmälert zu belassen sind.“

Das ist doch eine direkte Stellungnahme gegen die übrigen Regierungen!

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren! Ich lasse es ganz dahingestellt, ob der Regierung ein formelles Recht zu derartigen Erklärungen zusteht, denn mir kommt es nicht auf die Form, sondern nur auf die Sache an. Da muß ich allerdings sagen, daß, während die Regierung früher immer außerordentlich zurückhaltend gewesen ist in der Kundgabe ihrer Stellung, auch wenn sie von der übrigen Regierungen abweichend war, sie hier und gerade hier in diesem Falle davon abgewichen ist, und ich bedaure dieses Abweichen, denn es ist erfolgt bei einer Frage von äußerster nationaler Wichtigkeit.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Der Herr Reichskanzler hat kürzlich im preußischen Abgeordnetenhaus in Beantwortung einer Rede des Herrn Abgeordneten v. Heydebrand so klipp und klar ausgeführt,

daß nur durch die Zustimmung der Regierungen zu den Beschlüssen des Reichstages es möglich gewesen sei, nicht nur die Deckungsvorlage, sondern auch — und das ist das Wesentliche — die Wehrvorlage überhaupt zustande zu bringen. (C)

(Sehr wahr! und Sehr richtig! in der Mitte.)

Es war also eine politische Notwendigkeit allerersten Ranges, es war eine nationale Tat allerersten Ranges, die hier die verbündeten Regierungen getan haben, indem sie sich den Beschlüssen des Reichstages angepaßt haben, und daß unsere Regierung bei dieser nationalen Tat beiseite gestanden hat, das bedauern wir allerdings auf das aller-tiefste, das ist allerdings das, was uns mit tiefem Schmerze erfüllt.

Meine Herren! Der Herr Staatsminister hat dann versichert, daß die sächsische Regierung frei sei von partikularistischen Tendenzen. Wir freuen uns dieser Erklärung und bezweifeln sie nicht. Wir glauben der königlichen Staatsregierung, daß es in diesem Falle, wo wir ihre Haltung nicht billigen können, nur ihre Sorge war, daß die finanziellen Kräfte der Einzelstaaten vermindert würden, und wir sehen das deshalb zwar als einen bedauerlichen, aber doch als einen Einzelfall an und hegen die Hoffnung, daß die königliche Staatsregierung das auch wirklich einen vereinzelt Fall sein läßt und nicht wieder in einer so eminent nationalen Frage beiseite steht. Wir glauben der Versicherung, die uns der Herr Staatsminister gegeben hat, daß diese Handlung nicht ein Ausfluß partikularistischen Geistes gewesen sei. Der Herr Staatsminister hat erst sehr richtig die Grenzlinien dargelegt, die zwischen Bundestreue und Partikularismus bestehen. Aber, meine Herren, es sind doch eine ganze Anzahl von Vorgängen in der letzten Zeit, die in jedem Deutschen die lebhafteste Besorgnis hervorrufen müssen, ob denn diese Grenzlinie allenthalben auch eingehalten wird. Es sind das hauptsächlich die Angriffe, die gegen den jetzigen Reichstag gerichtet werden und gegen die Tätigkeit der jetzigen Reichsregierung, gegen das Zusammenarbeiten der jetzigen Reichsregierung mit dem Reichstage. Gewiß, im Reichstage sitzt eine starke sozialdemokratische Partei, und es ist nicht zu leugnen, daß diese sozialdemokratische Partei den Ansturm gegen die Grundlagen unserer Gesellschafts- und vor allen Dingen gegen die Grundlagen unserer ganzen Staatsordnung versucht, und es ist auch nicht zu leugnen, daß sie bei diesem Ansturm vielfach die Beseitigung der Rechte der Einzelstaaten wünscht. Aber, meine Herren, man muß sich darüber klar werden, daß die Sozialdemokratie diesen Ansturm gegen einzelstaatliche Rechte nur als Mittel zum Zweck betrachtet. Es ist ganz klar,